

Unterstützung der panafrikanischen Reformprozesse im Bereich Agrarwirtschaftsförderung in Afrika (CAADP)

Projekt	Unterstützung der panafrikanischen Reformprozesse im Bereich Agrarwirtschaftsförderung in Afrika (NEPAD/CAADP)
Projektregion:	Standort: Afrika, länderübergreifend; Sitz: Südafrika
Auftraggeber	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)
Durchführungsorganisation:	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH
Projektpartner:	New Partnership for Africa's Development (NEPAD), NEPAD Planungs- und Koordinierungsagentur (NPCA), Comprehensive Africa Agriculture Development Programme (CAADP)
Projektdauer:	August 2007 bis Dezember 2012 (aktuelle Phase)
Budget:	10,5 Millionen Euro (ex-InWent Komponente: 4,5 Millionen Euro und ex-GTZ Komponente: 6 Millionen Euro)

Ausgangssituation

Der landwirtschaftliche Sektor in Afrika, insbesondere in Afrika südlich der Sahara, ist die wichtigste wirtschaftliche Einkommensquelle für große Teile der Bevölkerung. Ein florierender Agrarsektor trägt unmittelbar zur Bekämpfung von Armut und Ernährungsunsicherheit in Afrika bei. Die afrikanischen Staats- und Regierungschefs haben dieser Einsicht durch die Vereinbarung eines umfassenden Agrarwirtschaftsförderungsprogramms in Afrika (Comprehensive Africa Agriculture Development Programme - CAADP) Rechnung getragen.

CAADP gibt einen Rahmen zur Reform der Agrarpolitik vor, der eine bessere strategische Planung, kohärentere Agrarpolitiken und eine Steigerung der Investitionen bei gleichzeitig effektiverer Allokation in den Agrarsektor ermöglichen soll. Das Hauptziel von CAADP ist es, ein höheres Wirtschaftswachstum durch landwirtschaftliche Entwicklung zu generieren, was wiederum Armut und Unterernährung verringert, Ernährungssicherheit garantiert und steigende Agrarausfuhren ermöglicht. CAADP strebt hierbei eine jährliche Wachstumsrate des landwirtschaftlichen BIP von mindestens sechs Prozent an. Dieses soll dadurch erreicht werden, dass mindestens zehn Prozent der jährlichen nationalen Haushaltsmittel in den Agrarsektor investiert werden (Maputo Erklärung auf dem AU-Gipfel von 2003).

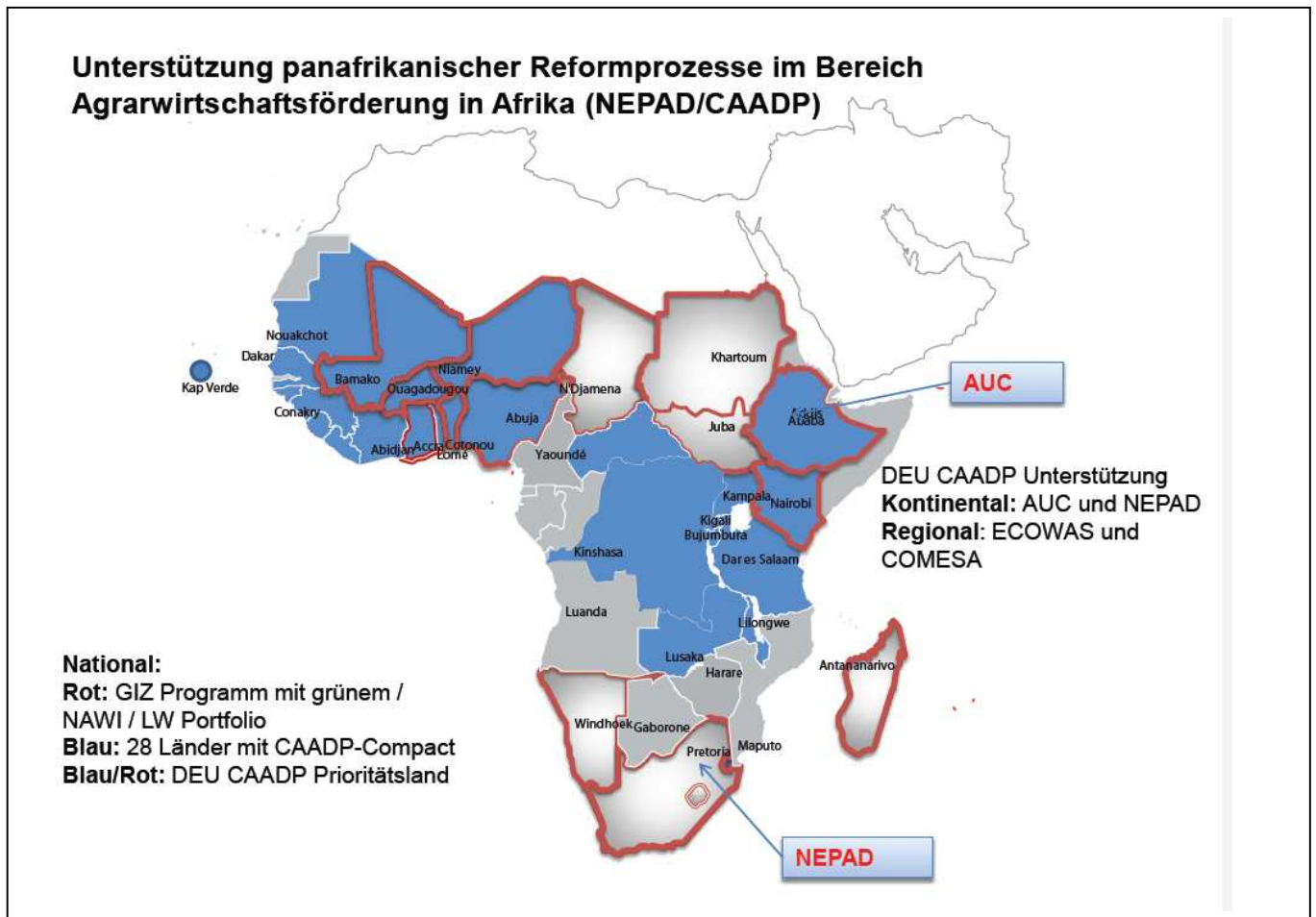
Die afrikanischen Staats- und Regierungschefs sehen CAADP als elementaren Bestandteil der Neuen Partnerschaft für Afrikas Entwicklung (New Partnership for Africa's Development - NEPAD), die den Rahmen für panafrikanische Entwicklungsinitiativen der Afrikanischen Union (AU) bildet. Die NEPAD-Planungs- und Koordinierungsagentur (NPCA) in Südafrika wurde mit der Gesamtkoordination von CAADP beauftragt.

CAADP ist eine umfassende Initiative, in der AU und NEPAD auf der kontinentalen Ebene, die regionalen Wirtschaftsgemeinschaften (Regional Economic Communities - RECs), die AU-Mitgliedsstaaten sowie verschiedenen Fachinstitutionen zusammen arbeiten, um die o.g. Zielsetzungen zu erreichen. Zur Umsetzung des CAADP-Prozesses wurde bei der Weltbank ein Treuhandfonds in Höhe von zunächst fünfzig Millionen US-Dollar eingerichtet. Diese Mittel dienen dazu, den Prozess zu finanzieren, damit geeignete und erfolgreiche landwirtschaftliche Strategien in den Mitgliedsstaaten gestaltet werden. Deren Umsetzung erfolgt dann aus dem Budget des jeweiligen Staates.

Projekt

Seit 2002 unterstützt Deutschland die mit der Koordinierung der Umsetzung von AU-Programmen beauftragte NEPAD-Agentur (vormals NEPAD-Sekretariat) bei verschiedenen Aufgaben, seit August 2007 auch die CAADP-Prozesse. Das Beratungsangebot im Projekt NEPAD/ CAADP mit dem Schwerpunkt Agrarwirtschaftsförderung konzentriert sich vor allem auf die Kompetenzentwicklung des CAADP-Teams in der NEPAD-Agentur, des Department of Rural Economy and Agriculture (DREA) der AU-Kommission und anderer wichtiger Partner wie z.B. Regionalorganisationen und Fachinstitutionen, damit diese die landesbezogenen Prozesse erfolgreich unterstützen und befördern können. Die Unterstützung der CAADP-Prozesse folgt damit einem Mehrebenenansatz; sie wird auf nationaler, regionaler und kontinentaler Ebene umgesetzt. Wissenstransfer, Fortbildungsmaßnahmen, Qualifizierung afrikanischer Partnerorganisationen in Abstimmungs-, Moderations- und Mediationsprozessen werden gefördert.

Unterstützung der panafrikanischen Reformprozesse im Bereich Agrarwirtschaftsförderung in Afrika (NEPAD/CAADP)



Ergebnisse

Die zu erwartenden Effekte einer Unterstützung dieser Initiative liegen in der signifikanten Steigerung von Investitionen im Agrarsektor, die Zuhörer landwirtschaftlicher Produktion und Produktivität sowie zu mehr Beschäftigung und Einkommen führen. Diese Steigerungen sollen jedoch nicht zu Lasten von Umwelt und Klima gehen; es geht um die Förderung geeigneter Strategien, die nachhaltig zu Ernährungssicherung und wirtschaftlicher Entwicklung in afrikanischen Ländern beitragen.

Die Verbesserungen kommen vor allem den in den ländlichen Gebieten lebenden armen Bevölkerungsgruppen zugute. Damit kann entscheidend zu einer nachhaltigen Ernährungssicherung für große Bevölkerungsgruppen in Afrika beigetragen werden. Die Verbesserung der Handlungsfähigkeit, insbesondere bei Abstimmungsprozessen mit nationalen Regierungen, RECs und anderen Regionalorganisationen steht im Zentrum der Beratung durch das Projekt.

Kontakt

Support to the Comprehensive Africa Agriculture Development Programme (NEPAD/CAADP)

P.O. Box 13732 0028 Hatfield
Hatfield Gardens 333 Grosvenor Street Pretoria, South Africa
Kontaktperson Sonja Palm

T + 27 12 423 5971
F + 27 12 342 3646
E sonja.palm@giz.de
I www.giz.de
www.nepad-caadp.net
www.bmz.de

Unterstützung der Wasserdirektion der Kommission der Afrikanischen Union (AUC) und des Afrikanischen Wasserministerrates (AMCOW)

Projekt	Unterstützung der Wasserdirektion der Kommission der Afrikanischen Union (AUC) und des Afrikanischen Wasserministerrates (AMCOW)
Projektregion:	Alle Mitgliedsstaaten der Afrikanischen Union
Auftraggeber:	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)
Durchführungsorganisation:	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH
Projektpartner:	Kommission der Afrikanischen Union und Afrikanischer Wasserministerrat (African Ministers' Council on Water - AMCOW)
Projektlaufzeit:	Dezember 2009 bis November 2012
Budget:	5,5 Millionen Euro (BMZ: 4 Millionen Euro, EU-Kommission: 1,5 Millionen Euro)

Ausgangssituation

Bei der Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele zu Wasser und Sanitärversorgung liegt Afrika besonders weit hinter den gesetzten Zielen zurück. Millionen Menschen haben weder einen ausreichenden Zugang zu sauberem Trinkwasser noch zu Sanitärversorgung. Zwei Drittel der afrikanischen Bevölkerung lebt in den 59 internationalen Wassereinzugsgebieten des Afrikanischen Kontinents. Eine strategischere Ausrichtung auf panafrikanische sowie regionale Ebene und eine international koordinierte und nachhaltige Bewirtschaftung der Wasserressourcen ist unerlässlich für die Sicherung der Lebensgrundlage der Bevölkerung und für das Erreichen der Millenniumsentwicklungsziele sowie für den Friedenserhalt in Afrika.

Mit einer umfassenden Erklärung brachten am 1. Juli 2008 die afrikanischen Staatshäupter in Sharm El-Sheikh, Ägypten, beim Gipfeltreffen der Afrikanischen Union (AU) ihr Engagement für eine beschleunigte Erreichung der gesetzten Ziele bei Wasser- und Sanitärversorgung in Afrika zum Ausdruck. Der Fokus wurde dabei vor allem auf nationale Aktionspläne für die Wasser- und Sanitärversorgung, grenzüberschreitendes Wassermanagement, Capacity Development und Stärkung des Rates der Afrikanischen Wasserminister (*African Ministers' Council on Water - AMCOW*) gesetzt. Die AU-Kommission hat AMCOW damit beauftragt, eine Umsetzungsstrategie der Sharm El Sheikh Erklärung zu entwickeln.

Sowohl die AU-Kommission als auch AMCOW benötigen zusätzliche Kompetenzen und mehr Leistungsfähigkeit, um den Prozess der Erarbeitung und Umsetzung einer solchen Strategie zu steuern. Auch einige der beteiligten regionalen Institutionen, wie die regionalen Wirtschaftsgemeinschaften (*Regional Economic Communities - RECs*) sowie Fluss- und Seegebietsorganisationen (*River/Lake Basin Organisations - R/LBOs*) brauchen eine Verstärkung ihrer Kompetenzen und Leistungsfähigkeit, um ihre

Rolle ausreichend auszuführen. Die AU-Kommission hat daher Deutschland um Unterstützung bei der Entwicklung einer Strategie und um die Begleitung bei deren Umsetzung gebeten.

Projekt

Das deutsche Programm zur Unterstützung der Wasserdirektion der Kommission der Afrikanischen Union und des Afrikanischen Wasserministerrates zielt darauf ab, Kompetenzen und Leistungsfähigkeit von AMCOW, AU und den regionalen Institutionen (RECs, R/LBOs) zu stärken, damit sie den Implementierungsprozess der Sharm El-Sheikh Erklärung besser steuern.

Deutschland unterstützt vor allem drei Schwerpunktbereiche:

1. Entwicklung der Umsetzungsstrategie für die Sharm El-Sheikh Erklärung und die dafür nötigen Prozesse.
2. Verbesserung der internen Organisation und der Kommunikation zwischen den panafrikanischen und regionalen Ebenen, den Institutionen und der Zivilgesellschaft sowie die Klärung von Rollen und Verantwortlichkeiten.
3. Beratung und Unterstützung von AUC und AMCOW bei der Verankerung des Prinzips des integrierten Wasserressourcenmanagements (IWRM) in den RECs und Nationalstaaten sowie bei dessen konsequenter Umsetzung.

IWRM ist ein flexibler, prozessorientierter und ganzheitlicher Ansatz, der auf die Maximierung des menschlichen und ökonomischen Wohles unter Berücksichtigung des Ökosystems zielt. In diesem Subsektor unterstützt Deutschland auch aktiv die Geberkoordination durch AUC und AMCOW.

Die erste Phase (2009-2012) soll zunächst erreichen, dass die AU-Kommission und AMCOW ihr Mandat erfüllen: Steuerung des Prozesses zur Verabschiedung der Umsetzungsstrategie der Sharm El-Sheikh Erklärung und Berichterstattung über den Umsetzungsstand auf dem Gipfel der Afrikanischen Union.

Unterstützung der Wasserdirektion der Kommission der Afrikanischen Union (AUC) und des Afrikanischen Wasserministerrates (AMCOW)



Frau beim Wasserholen in der Dodoma Provinz, Tanzania. © Nora Dietrich

Das Vorhaben leistet einen Beitrag zu einer strategischeren Ausrichtung der afrikanischen Wasseragenda und zu einer stärkeren Integration dieser Agenda in die Afrikanische Union. Das überregionale Vorhaben schließt alle afrikanischen Staaten ein und arbeitet eng mit den anderen deutschen Vorhaben im Wasserbereich auf regionaler und nationaler Ebene zusammen. Zusätzlich wird das Vorhaben durch die Kommission der Europäischen Union unterstützt. Das Wasser- und Sanitärversorgungsprogramm der Weltbank (WSP) und die Afrikanische Entwicklungsbank (*African Development Bank* - AfDB) haben in Absprache mit AMCOW Aufgaben zur Umsetzung der Sharm El-Sheikh Erklärung in den Subsektoren Trinkwasserversorgung bzw. Sanitärversorgung übernommen.

Ergebnisse

Die geplanten Wirkungen beziehen sich auf die Verbesserung der Kompetenzen und der Leistungsfähigkeit der AU-Kommission und von AMCOW, den Umsetzungsprozess der Verpflichtungen aus der Sharm El-Sheikh Erklärung planen, koordinieren und umsetzen zu können. Rollen und Verantwortlichkeiten der einzelnen Akteure auf allen Ebenen (panafrikanisch, regional und national) der afrikanischen Wasser-Governance werden geklärt und damit politische Teilhabe und Transparenz gefördert. Dadurch können die AU-Kommission und AMCOW ihre Position als führende Institutionen im Wassersektor auf panafrikanischer Ebene stärken und Kooperationen mit afrikanischen und Geber-Institutionen vertiefen. Das Vorhaben trägt direkt zur Erfüllung der Selbstverpflichtungen der Staatschefs bzgl. AMCOW und der institutionellen Architektur des afrikanischen Wassersektors bei. Die Umsetzung der Strategie und verstärktes Capacity Development ermöglicht es, die Was-

ser-Governance auf panafrikanischer, regionaler und nationaler Ebene zu harmonisieren und sicherzustellen, dass die Geberbeiträge im Rahmen der einheitlichen afrikanischen Strategie wirksamer eingesetzt werden. Durch die Verbreitung der Prinzipien des IWRM und eine gerechte Aufteilung der daraus entstehenden Nutzen können langfristig nachhaltiges Wasserressourcenmanagement und Konfliktprevention erreicht werden. Bessere Koordination und plan-gerechte Umsetzung der Sharm El-Sheikh Erklärung unterstützen das Erreichen der Millenniumentwicklungsziele zu Trinkwasser und zur Sanitärversorgung; davon profitiert insbesondere die arme städtische und ländliche Bevölkerung Afrikas.

Kontakt

GIZ AU Office
Lideta Sub-City, Kebele 15
House No. 372, Roosevelt Ave
PO. Box 12631
Addis Ababa, Ethiopia
Ansprechpartner: Winfried Zarges
T +251 115 157865
F +251 115 545219
E winfried.zarges@giz.de
I www.giz.de
www.africa-union.org
www.amcow.net
www.bmz.de

Geothermie Fazilität in Ostafrika

Projekt	Geothermie Fazilität in Ostafrika
Projektregion:	Pilotphase in den fünf Ländern Äthiopien, Kenia, Ruanda, Tansania und Uganda, später ggf. Ausweitung auf alle elf Länder entlang des Ostafrikanischen Grabenbruchs (Rift Valley)
Auftraggeber:	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)
Durchführungsorganisation:	Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) 
Projektpartner:	Kommission der Afrikanischen Union, Sitz: Addis Abeba
Projektlaufzeit:	Januar 2011 bis Januar 2014
Budget:	20 Millionen Euro Finanzielle Zusammenarbeit + 30 Millionen Euro EU-Afrika Infrastructure Trust Fund

Ausgangssituation

Im östlichen Afrika bestehen erhebliche Engpässe in der Stromversorgung. Durchschnittlich sind weniger als 20% der Bevölkerung an das Stromnetz angeschlossen, die Nachfrage übersteigt die bereitgestellte Strommenge deutlich. Da der Energiemix überwiegend auf Wasserkraft basiert, führen darüber hinaus die regelmäßig auftretenden Trockenperioden zu umfangreichen Stromausfällen. Eine sinnvolle, langfristige Alternative stellt die Geothermie dar, da sie kostengünstig, zuverlässig und umweltfreundlich ist.

Die Länder entlang des ostafrikanischen Grabens (Rift Valley) verfügen über ein geothermisches Potential von mehr als 7.000 MW. Das entspricht ungefähr dem Anderthalbfachen der derzeit bestehenden Kraftwerkskapazität im östlichen Afrika. Diese erneuerbare Energie wird bisher jedoch nur in Kenia (205 MW) und Äthiopien (4 MW) genutzt, denn es bestehen erhebliche Investitionsbarrieren. Diese liegen in erster Linie in den hohen Einstiegsrisiken und -kosten für die Erschließung der Resource. Um zuverlässige Aussagen über die Eignung eines Standortes zu treffen, müssen zunächst aufwändige und teure Bohrungen durchgeführt werden, die oft erfolglos sind. Dieses Risiko scheuen viele Entwickler bislang. Die ostafrikanischen Staaten möchten diese Hürden mit einem regionalen Ansatz überwinden. Im Juni 2009 haben die Energieminister aus zehn Anrainerstaaten des Ostafrikanischen Grabens die Addis Ababa Declaration on Geothermal Energy unterzeichnet. Darin haben sie die Kommission der Afrikanischen Union damit beauftragt, eine Strategie für die regionale Zusammenarbeit bei der Erschließung des geothermischen Potentials in Ostafrika zu erarbeiten, innovative Finanzierungsmechanismen zu entwickeln und eine regionale Datenbank zu erstellen.

Projekt

Projektziel ist, staatliche und private Entwickler für den Bau von Geothermiekraftwerken zur Einspeisung sauberer und zuverlässiger Energie in die ostafrikanischen Stromnetze zu gewinnen.

Die Geothermie Fazilität gewährt Finanzierungsbeiträge für die Erkundung von Geothermiestandorten im östlichen Afrika. Staatliche oder halbstaatliche Organisationen, von ostafrikanischen Staaten unterstützte regionale Organisationen (wie z.B. der East African Power Pool) sowie private Unternehmen können sich für eine Förderung durch die Fazilität bewerben. Die Auswahlkriterien sind so strukturiert, dass PPP-Ansätze besonders gute Chancen auf eine Förderung haben.

Das Projekt hat folgende Komponenten:

Komponente 1: Zuschüsse für Lieferungen und Leistungen für bis zu zwei Explorationsbohrungen pro Standort.

Komponente 2: Risikoprämie für Entwickler, die innerhalb von 18 Monaten nach Durchführung einer Explorationsbohrung nachweisen, dass sie darauf folgende Investitionsschritte eingeleitet und die Finanzierung hierfür sichergestellt haben. Bei den nachfolgenden Investitionsschritten kann es sich je nach Größe des geplanten Kraftwerkes um die Durchführung weiterer Bestätigungsbohrungen oder um Design und Bau eines kleineren Kraftwerkes handeln.

Komponente 3: Durch die ex-post Aufbereitung und Veröffentlichung der Ergebnisse der Bohrungen in einem Informationspool sollen die Risiken zukünftiger Standorterschließungen im Ostafrikanischen Graben systematisch verringert werden.

Komponente 4: Aus- und Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Abteilung für Infrastruktur und Energie, um die Kommission der Afrikanischen Union in die Lage zu versetzen, ihre Steuerungsfunktion für die Fazilität wahrzunehmen.

Geothermie Fazilität in Ostafrika



Geothermie – Kraftwerk in Olkaria, Kenia. © KfW

Ergebnisse

Ergebnisse der Projektmaßnahmen werden qualitativ hochwertige, fundierte Informationen über das Potential von Geothermiestandorten in Ostafrika sein, die als Grundlage für private Investitionen zur Etablierung von Geothermiekraftwerken dienen. Darüber hinaus wird die Durchführung von Geothermiebohrungen an verschiedenen Standorten in der Region das Wissen über die Ressourcen verbessern, so dass die Erschließungsrisiken bei der Entwicklung von Geothermieprojekten in der Region verringert werden.

Kontakt

Geothermie Fazilität in Ostafrika
Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW)



Infrastruktur/ Subsahara Afrika Palmengartenstraße 5-9
60325 Frankfurt

Ansprechpartnerin: Katrin Keßels
T +49 69 7431 4751
F +49 69 7431 3568
E katrin.kessels@kfw.de
I www.kfw.de
www.africa-union.org
www.bmz.de

Unterstützung der AU-Kommission bei der Reform der institutionellen Architektur im Infrastruktursektor in Afrika (IAIDA)

Projekt	Unterstützung der AU-Kommission bei der Reform der institutionellen Architektur im Infrastruktursektor in Afrika
Projektregion:	Alle Mitgliedstaaten der AU
Auftraggeber:	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)
Durchführungsorganisation:	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH
Projektpartner:	Kommission der Afrikanischen Union (AUK)
Projektlaufzeit:	1. Phase: Dezember 2011 bis November 2013
Budget:	2 Millionen Euro

Ausgangssituation

In Afrika gibt es bei der Ausstattung mit Infrastruktur, vor allem auch regionaler, grenzüberschreitender Infrastruktur, große Defizite. Einigungsprozesse auf regionale Projekte sind politisch schwierig, und es herrscht ein Mangel an Kapazitäten, diese bis zur Finanzierungsreife zu planen. Eine institutionelle Architektur für Infrastrukturentwicklung in Afrika ist nicht vorhanden. Diese Situation führt dazu, dass regionale Governance-Strukturen in Afrika nur sehr eingeschränkt Projekte von der politischen Entscheidungsfindung über die technische Vorbereitung bis zur Finanzierungsreife befördern und begleiten können. Dies hat entsprechende Folgen für die Menschen und die ökonomische und soziale Entwicklung in Afrika, die unter fehlendem Zugang zu Wasser- und Sanitärversorgung, Strom, Straßen oder Telekommunikation leiden.

Die Afrikanischen Staatschefs haben daher die AUK im Juli 2010 in Kampala beauftragt, auf dem Gipfel im Juni 2011 einen Vorschlag zu einer neuen institutionellen Architektur im Infrastruktursektor vorzulegen. Hierbei wurden Rollen, Mandate und Zuständigkeiten neu definiert und die Zusammenarbeit mit den Regionalbanken bzw. der AfDB effizienter geregelt. Die AUK hat mit Unterstützung der Bundesregierung (SFF-Afrika NA) eine Analyse der Ist-Situation und Ideen zur Ausgestaltung einer Neuorientierung vorgelegt. Diese neuorientierte institutionelle Architektur (Institutional Architecture for Infrastructure Development in Africa - IAIDA) soll auch die Implementierungsstruktur für das existierende PIDA (Programme for Infrastructure Development in Africa) sein und demzufolge die verantwortliche Struktur für die Entwicklung und Koordination der Umsetzung von regionalen und panafrikanischen Infrastrukturprojekten in allen vier Infrastruktursektoren (Wasser, Energie, Transport, ICT) werden.

Sowohl die AUK als auch die an dem Prozess beteiligte NEPAD Planning and Coordinating Agency (NPCA), benötigen zusätzliche Kompetenzen und mehr Leistungsfähigkeit, um den Prozess der Umsetzung dieser neuen institutionellen Architektur zu steuern. Auch einige der beteiligten regionalen Institutionen, wie die regio-

nen Wirtschaftsgemeinschaften (Regional Economic Communities - RECs) sowie Fluss- und Seegebietsorganisationen und Power Pools brauchen eine Verstärkung Ihrer Kompetenzen und Leistungsfähigkeit, um ihre Rolle ausreichend auszuführen. Die AU-Kommission hat daher Deutschland um Unterstützung bei der Umsetzung von IAIDA gebeten.

Projekt

Das Vorhaben unterstützt die Operationalisierung auf panafrikanischer Ebene der institutionellen Architektur für Infrastruktur in Afrika. Das Phasenziel des Vorhabens ist die Verbesserung der Koordination und der Umsetzung des IAIDA-Prozesses durch AUK und NPCA.

Deutschland unterstützt vor allem drei Schwerpunktbereiche:

1. Finanzierungsmechanismen (Identifizierung von PPP-Potentialen, Strategieentwicklung, Mapping, finanzielle und technische Auditmechanismen, flexible und effiziente Ausschreibungs- und Vertragsprozesse, Entwicklung von Rahmenbedingungen, etc.)
2. Informationsmanagement (information open access-Portal, Policy on Information Sharing, M&E-System, Gesamt-Berichte afrikanischer Institutionen zum Status von Infrastruktur in Afrika, etc.)
3. Kommunikationsmanagement (externe und interne Kommunikation, Demonstration des Mehrwertes, Etablieren von Partnergruppen, Road shows, Entwicklung von Kommunikationsstrategie, Materialien und Dokumenten, etc.)

Diese drei Komponenten werden begleitet von Capacity Development mit den Elementen Beratung für die Veränderungsprozesse in den Institutionen, Training und Personalausstattung der Direktion für Infrastruktur der AUK / NPCA zur Steuerung der Prozesse, Beratung bei der Ausgestaltung von Rollen und



Merowe Dam in Northern Sudan © GIZ

Mandaten, Geschäftsplanung zu Planung und Implementierung von Projekten, Evaluierung und Audit. Die Förderkomponenten des deutschen Beitrags umfassen Fach- und Prozessberatung durch meist regionale Lang- und Kurzeitfachkräfte, Fortbildung und Sachgüterbeschaffung. Die Ausrichtung von thematischen Workshops und Netzwerkaktivitäten werden unterstützt.

Das überregionale Vorhaben schließt alle Mitgliedsstaaten der AU ein und reiht sich insgesamt in die laufenden institutionellen und strategischen Reformprozesse in den Infrastruktursektoren in Afrika ein. Im Rahmen dieser Prozesse wird es eine abgestimmte Zusammenarbeit mit der Weltbank und mit der Afrikanischen Entwicklungsbank geben und auf die Einbindung der Specialised Technical Committees der AUK und der RECs eingewirkt. Insbesondere wird eine enge Kooperation mit den Vorhaben der deutschen EZ (KfW) bei dem Infrastructure Consortium for Africa (ICA), dem IPPF und dem Geothermievorhaben in der AUK erfolgen.

Ergebnisse

Die geplanten Wirkungen bzgl. AUK-DIE und NPCA beziehen sich auf die Verbesserung deren Kapazität, einen koordinierten Prozess der Umsetzung der vereinbarten neuen institutionellen Architektur für Infrastrukturentwicklung in Afrika zu planen, koordinieren und durchsetzen zu können. Die AUK wird dadurch gestärkt, ihr Mandat als führende Institution auf panafrikanischer Ebene für eine koordinierte und beschleunigte Infrastrukturentwicklung in Afrika auszufüllen.

Die erste Phase (2011-2013) soll zunächst erreichen, dass die Koordination und die Umsetzung des IAIDA-Prozesses durch

AUK und NPCA verbessert sind. Bis zum Ende der geplanten Gesamtlaufzeit soll die institutionelle Architektur für Infrastruktur in Afrika (IAIDA) auf panafrikanischer Ebene operationalisiert sein. Durch das Operationalisieren von IAIDA und die verbesserten Kapazitäten wird es möglich, die Infrastruktur-Governance auf panafrikanischer, regionaler und nationaler Ebene effizienter zu gestalten und sicherzustellen, dass der Sektor effizient und nachprüfbar handelt (gute Regierungsführung), sowie dass die verfügbaren finanziellen Ressourcen (private und öffentliche) im Rahmen der einheitlichen afrikanischen Strategie wirksamer eingesetzt werden. Eine Verbesserung von Infrastrukturleistungen in Afrika (Wasser, Kommunikation, Transport und Energie) trägt zu einer Vielzahl der MDGs entscheidend bei und verbessert somit die Lebensbedingungen vor allem der armen Bevölkerung auf dem Kontinent.

Kontakt

GIZ AU Office

Lideta Sub-City, Kebele 15

House No. 372, Roosevelt Ave

P.O. Box 12631

Addis Ababa

Ethiopia

Ansprechpartner: Winfried Zarges

T +251 115 157865

F +251 115 545219

E winfried.zarges@giz.de

I www.giz.de

www.africa-union.org

www.bmz.de